

## **Der Arbeiter- und Soldatenrat in Rotenburg (Fulda) 1918/19**

### **Ein Beispiel für die Revolution auf dem Lande?**

Hans-Günter Kittelmann

In dieser Arbeit soll das Werden, Wirken und Vergehen des Arbeiter- und Soldatenrats als formalem Träger der Revolution in einer kleinen Kreisstadt wie Rotenburg (Fulda) untersucht werden. Es bleibt zu klären, ob sich die grundsätzlichen Ergebnisse auch auf andere ländliche Bezirke in Nordhessen übertragen lassen. Wesentliche Grundlagen der Arbeit sind Akten des Staatsarchivs Marburg, aber auch Veröffentlichungen im dreimal wöchentlich erschienenen „Rotenburger Kreisblatt“<sup>1</sup>. Dadurch eröffnet sich vielleicht ein wenig die Sicht der Dinge, wie sie damals bei den Rotenburger Lesern in der radio- und fernsehlosen Zeit bestand.

### **Die Deutsche Revolution 1918**

In den Geschichtsbüchern werden die politischen Vorgänge zum Kriegsende 1918 als Deutsche Revolution bezeichnet. Revolution bedeutet allgemein Umwälzung. Träger und Institution der revolutionären Idee sollten 1918 die Arbeiter- und Soldatenräte sein.

Die Umwälzungen 1918 in Deutschland waren das vorläufige Ergebnis einer politischen und sozialen Entwicklung, deren Weg durch die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1875, die Sozialistengesetze 1878, die Sozialgesetzgebung seit 1878, durch den Einzug von SPD-Abgeordneten in den Reichstag und schließlich die Berufung sozialdemokratischer Staatssekretäre in die kaiserliche Reichsregierung gekennzeichnet war.

Der erste Weltkrieg verschlechterte die Lebensbedingungen der breiten Massen erheblich. 1917 spaltete sich die radikale Unabhängig-Sozialdemokratische Partei (USPD) von der gemäßigten Mehrheitssozialdemokratie (SPD) ab, im gleichen Jahr gab es die ersten Massenstreiks im Reich, 1918 auch mehrmals in Kassel. Beweggründe waren die Nachrichten von der Revolution in Rußland, die katastrophale Ernährungslage nach der Mißernte 1916 und dem harten Hungerwinter sowie die Verkürzung der Brotrationen. Wohl erließ der Kaiser am 30. September 1918 einen Demokratisierungserlaß, doch hatten die breiten Massen das Vertrauen in das herrschende System verloren.

Die Meuterei deutscher Matrosen am 30. Oktober 1918 auf der Reede vor Wilhelmshaven war das Signal für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten (ASR) im ganzen Reich mit der Absicht, mit dem „unten“ in Räten artikulierten Volkswillen in einer zum Teil chaotischen Umgestaltungsphase insbesondere bei der Suche nach einer neuen Staatsform entscheidenden Einfluß auf die Politik „oben“ nehmen zu können. „Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die ASR die Repräsentanten des Volkswillens“<sup>2</sup>, wurde regierungsseitig zugestanden.

Der Einfluß sollte sich besonders auf solche Felder erstrecken, wo sich lebensgefährdende Notlagen zu entwickeln drohten. Dies war in erster Linie die Ernährungslage. Wie schlimm es darum stand, macht der Text des ersten Aufrufs des neuen Reichskanzlers Ebert deutlich. Er enthält wider Erwarten

kein politisches oder gar revolutionäres Programm, keine plakativen Thesen, keine Versprechungen, sondern als Kernaussage die „erste Pflicht aller in Stadt und Land, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern“<sup>3</sup>.

### Rotenburg bei Kriegsende

Exekutive und Verwaltung aller Ebenen standen einer Herkules-Aufgabe gegenüber. 6 Millionen Soldaten mußten in ihre Heimat zurückgeführt werden; allein auf dem Kasseler Hauptbahnhof mußten dadurch täglich etwa 20000 Personen gepflegt werden<sup>4</sup>. Die Kriegswirtschaft mußte auf Friedensproduktion umgestellt und die Verteilung der Güter neu organisiert werden. Die katastrophale Ernährungslage ließ nur eine Brotration von 5 kg im Monat pro Person zu, das waren ca. 170 g Brot pro Tag, dazu noch von schlechter Qualität. Behörden litten unter der Ohnmacht gegenüber der bedrohlichen Entwicklung. Der Richtungskampf der SPD mit und gegen die USPD hielt an und kostete enorme Kraft.

Angesichts der unruhigen Lage im Reich wuchs bei den Behörden die Besorgnis. Der Rotenburger Landrat Richard Tuercke (1898–1921) verfügte am 8. November 1918: „Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist angeordnet worden, daß Bürgerwehren eingerichtet werden. Diese Bürgerwehren sind aus unbedingt zuverlässigen Männern zusammenzusetzen. Es wird zweckmäßig sein, geeignete Leute aus Krieger-, Schützen- und sonstigen vaterländischen Vereinen sowie aus sonstigen vaterländisch gesinnten Bürgerkreisen auszuwählen. Die Bürgerwehren sind durch einheitliche Abzeichen (möglichst schwarz-weiß-rote Armbinden) kenntlich zu machen. Ich ersuche das weitere zur Ausführung der angeordneten Maßnahmen sofort zu veranlassen und mir binnen 24 Stunden zu berichten, aus wievielen Personen die dortige Bürgerwehr besteht, damit für diese evtl. Waffen beschafft werden können“.

Der Rotenburger Bürgermeister Alfred v. Kupsz (1904–1928) antwortete ihm mit dem Vermerk „Eilt sehr“ am nächsten Tag<sup>6</sup>: „Die Vorstände des Krieger- und Schützenvereins und auch der Unterzeichnete halten die Bildung einer Bürgerwehr in hiesiger Stadt eher für schädlich als nützlich. Die Bewaffnung der Wehr würde ohne Grund in der an sich vollkommen ruhigen Bevölkerung Unruhe und Aufregung hervorrufen. Ich verweise auf die A.C.O. vom 1. 10. 30, wonach Bürgerwehren nur da gebildet werden sollen, wo gegründete Besorgnisse für die öffentliche Sicherheit eintreten. Ich bitte daher von der Durchführung dieser Maßnahme Abstand zu nehmen“.

Während der Landrat offensichtlich eine Anweisung zur Erhaltung der gegenwärtigen Ordnung, notfalls mit Waffengewalt gegen aufbegehrende Soldaten, weitergegeben hatte, bewies der Bürgermeister beachtlichen Weitblick.

Der Landrat muß aber auf seiner Anordnung bestanden haben, denn mit Datum 12. November 1918 entwarf der Bürgermeister ein Schreiben an die Vorsitzenden des Alten und des Neuen Kriegervereins sowie des Schützenvereins<sup>7</sup>: „Da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch in hiesiger Stadt noch Unruhen entstehen können, bitte ich Sie mir 12 Mitglieder Ihres Vereins zu nennen, welche geneigt und geeignet sind, einer zu gründenden **Bürgerwehr** Sicherheitsverein beizutreten. Es wird sich empfehlen, solche Herren vorzu-

schlagen, welche im Besitz eines Gewehrs und Munition sind. Die 12 zum Beitritt geneigten Mitglieder werden ersucht, einen Führer zu wählen. Mit diesem werde ich dann alle auf ~~die Wehr~~ den Sicherheitsverein bezüglichen Angelegenheit besprechen. Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit bitte ich die Sache zu beschleunigen“.

Der ehemalige Berufsoffizier v. Kupsz gab hier ein ausgezeichnetes Beispiel für die verantwortungsgerechte und der Lage angemessene Umsetzung eines Auftrags, den er so nicht mittragen, aber auch nicht abweisen konnte. Mit einem weiteren Schreiben bewies er besonderes Gespür für die politische Lage und die sich anbahnende Entwicklung. An die drei größten Arbeitgeber am Ort (Federstahl- u. Metallwarenfabrik, Mühlenbetrieb Hess und Lederfabrik Schaub) schrieb er ebenfalls am 12. November<sup>8</sup>: „Es wird beabsichtigt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einen Sicherheitsverein zu begründen. Die Beteiligung der hiesigen Arbeiterschaft ist sehr erwünscht. Ich bitte Sie daher einen älteren Arbeiter Ihres Betriebes zu mir zu senden. Mit diesem möchte ich dann das Weitere besprechen“.

Die Ereignisse der nächsten 24 Stunden bewiesen die Treffsicherheit seiner Lageeinschätzung, überrollten aber seine Pläne. In einem kurzen Brief mit Datum 13. November an die drei angeschriebenen Vereinsvorsitzenden blies er seine Aktion ab<sup>9</sup>: „Nachdem sich heute ein provisorischer Soldaten- u. Arbeiterrat für Rotenburg gebildet hat, bitte ich Sie weitere Schritte zur Bildung einer Bürgerwehr zu unterlassen“.

### **Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat in Rotenburg**

Am Vormittag des 9. November hatte sich ein ASR in Kassel<sup>10</sup> gebildet, wohl ausgehend von einer Initiative aus dem dort stationierten Stellvertretenden Generalkommando des XI. Armeekorps. Seine Mitglieder bemühten sich um die Einrichtung von ASR in den Landkreisen Nordhessens.

Bürgermeister v. Kupsz ließ am 14. November 1918 im Rotenburger Kreisblatt verkünden:

#### *Bürgermeisteramt Rotenburg Bekanntmachung*

*Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats Cassel ist in Rotenburg von der organisierten Arbeiterschaft ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden. Dieser wird mit der Stadtverwaltung in allen Gemeindefragen und besonders in der Lebensmittelversorgung mitsprechen und schafft dadurch die Garantie, daß alles geschehen wird, um diese schwere Zeit möglichst erträglich zu überstehen.*

*Alle bestehenden Bestimmungen bleiben in Kraft, ebenso die Rechte und Pflichten eines jeden Bürgers. Volles Vertrauen zu dem provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat ist unbedingt erforderlich. Dieser übernimmt die Garantie für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Die Polizei führt ihre Funktionen wie bisher im Einvernehmen mit dem A.- u. S.- Rat aus.*

*Ruhe und Besonnenheit ist Pflicht eines jeden, zum Wohl und Segen der Allgemeinheit!*

*Rotenburg a. F., den 13. November 1918*

*Der provisorische Arbeiter- u. Soldatenrat:*

*R. Fiedler, Mechaniker*

*H. Sievers, Prüfer*

*L. Pape, Ingenieur*

*M. Friedel, Schlosser*

*F. Breitbart, Schlosser*

*R. Frese, Schlosser*

*Der Bürgermeister: v. Kupsz*

Schon diese kurze Bekanntmachung gibt in Form und Inhalt entscheidende Hinweise über die Ausgangslage der Revolution in Rotenburg. Der seit 1904 amtierende Bürgermeister trat weiterhin als Inhaber der Ortsgewalt auf und gab amtlicherseits die Bildung einer neuen und revolutionären Institution bekannt. Dabei kennzeichnete er den ASR als von außen eingesetzt („im Auftrag des ASR Cassel“), als vorläufig und nicht legitimiert („provisorisch“) und nur von einer kleinen Bevölkerungsgruppe getragen („von der organisierten Arbeiterschaft gebildet“). Er nannte keine Zuständigkeitsbereiche, sondern vage Betätigungsfelder („alle Gemeindefragen und besonders Lebensmittelversorgung“), und legte einen nur geringen Grad der Einflußnahme fest („mitsprechen“).

Andererseits schob er dem ASR schon im vorhinein Verantwortung zu („Garantie“) für das mögliche Mißlingen der in den Augen der Bevölkerung wichtigsten Aufgaben „Lebensmittelversorgung“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“. Schließlich ordnete der Bürgermeister den ASR der Exekutive („Gemeindeverwaltung“) zu und stellte ihn damit unausgesprochen unter den Willen des Stadtparlaments.

Alfred v. Kupsz war bis zu seiner Bürgermeisterwahl 1903 aktiver Leutnant in der Garnison Rinteln und nahm auch aktiv am Weltkrieg teil. Es darf angenommen werden, daß dem ehemaligen Offizier die Einmischung einer selbsternannten quasi-staatlichen Institution ohne Platz im Verfassungsgefüge und neben der im ruhigen Rotenburg augenscheinlich funktionierenden Staatsgewalt nicht geheuer war. Andererseits wird er sich die Frage gestellt haben, wie er mit dieser nun einmal vorhandenen, im ganzen Reich auftretenden Gruppierung umgehen sollte und gleichzeitig seiner weiterhin bestehenden Verantwortung für das Wohl Rotenburgs gerecht werden konnte. Offensichtlich wurden ja diese ASR auch von der gerade gebildeten Reichsregierung akzeptiert, die sich im Vorgriff auf eine neue Ordnung jetzt „Rat der Volksbeauftragten“ nannte. Wenn er den Tiger schon nicht wieder loswerden konnte, so konnte er ihn vielleicht reiten.

### **Der gewählte Arbeiter- und Soldatenrat**

Für Sonntag, 24. November 1918, beriefen der provisorische ASR und der Bürgermeister in einer gemeinsamen Zeitungsanzeige<sup>11</sup> eine „Öffentliche Volksversammlung“ ein. Als „Tagesordnung“ wurde eine Rede über „Das Ende des Weltkriegs und die politische Lage“ durch das Mitglied des Kasseler Zentralen ASR Georg Häring angekündigt (er wurde 1923–33 Landrat und 1945–46 hessischer Landwirtschaftsminister). Im Verlauf dieser Versammlung ist es zur Wahl eines neuen ASR gekommen. Die Quellenlage gibt leider keine Auskunft, ob diese Wahl durch Fiedler und/oder v. Kupsz vorbereitet war oder ob sie sich aus dem Verlauf der Versammlung spontan ergab. Eine für den gleichen Tag in Bebra einberufene „Wahl von Volksräten (Bauern, Beamten und nichtorganisierten Arbeitern)“ läßt jedoch vermuten, daß Wahlen und damit eine Legitimierung der ASR grundsätzlich bevorstanden und daher Fiedler und v. Kupsz zumindest auf die Möglichkeit von Wahlen vorbereitet waren.

Am 26. November informierte der Bürgermeister darüber im Rotenburger Kreisblatt:

*Bekanntmachung*

*Der Bürgerschaft zur Kenntnis, daß der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat aufgehoben ist. Durch Neuwahl am 24. 11. 18 setzt sich der Rotenburger Arbeiter- und Soldatenrat aus den unten stehenden Personen zusammen:*

*Alle bestehenden Bestimmungen bleiben in Kraft; ebenso die Rechten und Pflichten eines jeden Bürgers. Volles Vertrauen zu dem Arbeiter- und Soldatenrat ist unbedingt erforderlich. Dieser übernimmt die Garantie für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Die Polizei führt ihre Funktionen wie bisher im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.*

*Ruhe und Besonnenheit ist Pflicht eines Jeden, zum Wohl und Segen der Allgemeinheit.*

*Rotenburg, den 24. November 1918*

*Der Arbeiter- und Soldaten-Rat:*

<i>R. Fiedler, Mechaniker</i>	<i>Lt. R. Schmidt</i>
<i>E. Schneider, Metallarbeiter</i>	<i>Sergt E. Wolter</i>
<i>M. Bodenstein, Gerber</i>	<i>Sergt J. Triebstein</i>
<i>K. Frese, Schlosser</i>	<i>Drag. W. Wäscher</i>
<i>A. Oppermann, Stadtsekretär</i>	<i>Drag R. Tietze</i>
<i>F. Hülbig, Gutsbesitzer</i>	<i>Ldstm. J. Küttel</i>

*Der Bürgermeister:*

*v. Kupsz*

Über die Mitglieder dieses ASR konnten folgende Daten zusammengetragen werden:

- Der Vorsitzende des ASR, Robert Fiedler, ist vermutlich bei Kriegsende nach Rotenburg gekommen; war 32 Jahre alt (geb. 8. September 1886), verheiratet und kam aus Berlin-Neukölln; in der Führungsgruppe des ASR war er der einzige Ortsfremde.
- Ernst Schneider war 30 Jahre alt (geb. 14. Oktober 1888), Arbeiter, gelernter Schriftsetzer, Weltkriegsteilnehmer.
- Martin Bodenstein war 60 Jahre alt, gelernter Lohgerber, Werkmeister und Hausbesitzer in der Rotenburger Neustadt (Am Rasen).
- August Oppermann war am 1. April 1900 von Wolfhagen (bei Kassel) zugezogen und als Stadtsekretär Leiter der Stadtverwaltung Rotenburg; damit war er seit 14 Jahren der engste Mitarbeiter von Bürgermeister v. Kupsz.
- Fritz Hülbig war 53 Jahre alt (geb. 22. Februar 1866), Großlandwirt, Kirchenältester und Stadtverordneter, Sohn eines Mühlenbesitzers in Maroldsweisach/Unterfranken, vor 1895 nach Rotenburg zugezogen und verheiratet mit Tochter Gertrud des Rotenburger Gutsbesitzers Hermann Schaub.
- Josef Küttel war 38 Jahre alt, Malermeister und Hausbesitzer am Marktplatz 5; er hatte im April 1912 das Malergeschäft von seinem Meister

Reinhard Pabst übernommen; dem ASR gehörte er auf der Soldaten-Seite als Landsturmmann an.

- Die restlichen ASR-Mitglieder sind im Wählerverzeichnis Rotenburg zur Nationalversammlung 1919<sup>12</sup> nicht aufgeführt. Es wird daher vermutet, daß sie dem im Raum Rotenburg untergebrachten Militär angehörten und/oder im Kreis Rotenburg wohnten<sup>13</sup>.

In Kenntnis der handelnden Personen liegt der Verdacht nahe, daß der Bürgermeister – um in dem o. a. Bild zu bleiben – den Tiger geritten hat. Rotenburg war 1918 eine agrarisch orientierte Kreisstadt, die wenigen Arbeiter der kleinen industriellen Produktionsbetriebe stellten kein Proletariat und damit keinen Humusboden für eine Revolution dar. Da man sich der Bildung eines ASR nicht verschließen konnte, mag man auf die Idee gekommen sein, einen ASR mit der Verwaltung genehmen Personen zu bilden. Es war aus Sicht des Bürgermeisters auch opportun so zu verfahren, denn dadurch konnte sich die Stadtverwaltung bei der Bewältigung anstehender schwieriger Aufgaben eines weiteren Instruments bedienen.

### **Die Aufgaben der ASR**

Die ersten ASR haben sich in einer Ausnahmesituation spontan gebildet. Die Aufgaben der ASR haben sich daher aus der Praxis entwickelt und wurden in den Regionen des Reiches nach der dortigen Lage jeweils unterschiedlich akzentuiert. Eine reichseinheitliche Formulierung der Aufgaben konnte nicht gefunden werden. Der Preußische Innenminister hatte am 14. November Weisung gegeben, daß die ASR als „Kontrollinstanz“ den Verwaltungsbehörden zur Seite treten und bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen sind. „Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkte gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird“<sup>14</sup>. Diese nichtssagende Formulierung in einer preußischen Verordnung macht die Hilflosigkeit der Landesregierung und ihre abwartende Haltung gegenüber der neuen Entwicklung deutlich.

Aus dem Studium der Literatur ergeben sich folgende Aufgaben, die von den ASR mit – je nach örtlicher Lage – unterschiedlicher Gewichtung versehen wurden:

- Arbeiterräte: Mitwirkung bei den Behörden besonders auf den Gebieten Versorgung (Ernährung, Handel, Transport) und örtliche Sicherheit (Hilfspolizei, Schleichhandel).
- Soldatenräte: anzuhören bei Entscheidungen auf den Gebieten Verpflegung, Urlaub, Disziplinarmaßnahmen und Truppendurchschleusung.

Damit sind auch gleichzeitig die Felder bezeichnet, auf denen die Bevölkerung oder die Truppe die meisten Schwierigkeiten hatten. Die ASR waren dabei nicht selbst als staatliche Organe tätig, sondern sahen sich als Kontrollinstanzen bei der weiter bestehenden und tätigen Exekutive.

### **Die Arbeit des Rotenburger ASR**

Die amtlichen Verkündigungen im „Rotenburger Kreisblatt“ belegen, daß sich der Rotenburger ASR auf den Ebenen Stadt und Kreis zuständig sah.

Jedoch enthalten sowohl das „Kreisblatt“ als auch die „Amtlichen Bekanntmachungen“ des Landratsamtes<sup>15</sup> keine einzige Verlautbarung des Landrats, in der der ASR genannt wird. Anweisungen des Regierungspräsidenten über die ASR oder Aufrufe des Zentralen ASR Kassel wurden mit einem lapidaren Zusatz wie „Wird zur Beachtung veröffentlicht“ abgedruckt. Aus der Aktenlage ist nicht ersichtlich, ob oder wie der Landrat mit dem Rotenburger ASR zusammengearbeitet hat.

Der Rotenburger Bürgermeister und seine Verwaltung dokumentierten das Miteinander durch meist gemeinsam herausgegebene und unterzeichnete amtliche Verlautbarungen. Hier konnte die Bevölkerung das Gefühl haben, daß die neuen Autoritäten und die Verwaltung zum Wohl aller zusammenarbeiteten.

Nach der Bekanntgabe der Neuwahl des ASR am 26. November erschien als erste Bekanntmachung des ASR am 28. November folgende Verlautbarung:

*Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der für den Kreis Rotenburg gewählte Arbeiter- und Soldatenrat seine Geschäftsstunden von vorm. 9–12 Uhr und nachm. von 3–5 Uhr festgesetzt hat. Das Geschäftszimmer befindet sich im Rathause, parterre Nr. 8.*

Dies klingt sehr nach Ordnung und Verwaltung und so gar nicht revolutionär. Im Folgenden sollen aber einige amtliche Verlautbarungen wiedergegeben werden, die die schwierigen Arbeitsfelder des ASR verdeutlichen.

#### Beispiel 1:

*Es ist festgestellt worden, daß einige Kuhhalter ihren gesetzlichen Verpflichtungen in bezug auf die Milch- und Butterablieferung überhaupt nicht nachkommen, andere dagegen aber nur ganz geringe Mengen an Milch und Butter der Sammelstelle zuführen, obwohl sie dazu in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat es sich daher zur Pflicht gemacht, von heute an die schärfste Kontrolle über die Lebensmittelversorgung in der Stadt und im Kreise Rotenburg auszuüben. Sollten wieder Fälle von Unregelmäßigkeiten vorkommen, so haben die Schuldigen damit zu rechnen, daß sie in die höchst zulässigen Strafen genommen und gegen sie Zwangsmaßnahmen ergriffen werden.*

*Rotenburg a. F., den 29. November 1918*

*Der Arbeiter- und Soldatenrat  
R. Fiedler      J. Küttel*

*Der Bürgermeister  
v. Kupsz*

#### Beispiel 2:

*Hier ankommenden Militärpersonen werden nur dann Brot-, Fleisch- und Lebensmittelkarten abgegeben, wenn sie im Besitz eines Urlaubs- und Entlassungsscheines sind. Alle übrigen Militärpersonen sind durch die Heeresverwaltung zu verpflegen und haben sich sofort zu ihrem Truppen- bzw. Ersatztruppenteil zu begeben.*

*Rotenburg a. F., den 27. November 1918*

*Der Arbeiter- und Soldatenrat  
R. Fiedler      J. Küttel*

*Der Bürgermeister  
v. Kupsz*



Bei den Regierungspräsidien hatten sich Zentrale ASR gebildet, in Kassel zusätzlich wegen des dort stationierten XI. Armeekorps. Diese Zentralen ASR beanspruchten für sich das Weisungsrecht gegenüber den ASR der Landkreise, die sich wiederum den ASR der Städte und Gemeinden vorgesetzt erklärten.

In der Theorie sollte sich durch diesen Aufbau der Volkswille von unten nach oben artikulieren können. Es war jedoch eher eine Struktur zur Durchsetzung eines revolutionären Willens von oben nach unten. Den Volkswillen und den revolutionären Willen im Zaum zu halten scheint schon dem ASR auf Kreisebene Schwierigkeiten bereitet zu haben. Gelegentlich gingen in Rotenburg wohl auch die Gewalt und der Überblick über die Organisation verloren, so daß in aller Öffentlichkeit durch Aufrufe im Kreisblatt eingegriffen werden mußte. Hier 3 Beispiele.

Beispiel 1:

*Arbeiter- u. Soldatenrat Rotenburg a. F.*

*Verordnung*

*Alle sich im Kreise Rotenburg a. F. bildenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte haben sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a. F. vorerst in Verbindung zu setzen und sich ihre diesbezüglichen Verhaltensmaßregeln bei dem genannten Arbeiter- und Soldatenrat einzuholen. Sämtliche sich im Kreise Rotenburg a. F. bildenden Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind dem Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a. F. unterstellt und mit diesem in Gemeinschaft dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat in Cassel.*

*Etwaige Vorkommnisse oder Beschwerden werden durch den Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a. F. untersucht und bei Nichtklarstellung durch selbigen an den Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat in Cassel weitergeleitet.*

*Rotenburg a. F., den 16. Dezember 1918*

*Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a. Fulda  
J. Küttel i.V.: Schneider*

Beispiel 2<sup>17</sup>:

*Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a. F.*

*Bekanntmachung*

*Sämtliche im Kreise Rotenburg bestehenden Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat in Rotenburg, Rathaus Zimmer Nr. 8, unter Angabe der Mitgliederstärke zu melden.*

*Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a.F.  
Küttel i.V.: Schneider*

Beispiel 3:

*Arbeiter- und Soldatenrat Rotenburg a.F.*

*Bekanntmachung*

*An die Arbeiter- u. Soldaten- u. Bauernräte im Kreise Rotenburg*

*Wir ersuchen die A.- u. S.- u. B.-Räte im Kreise Rotenburg, die schärfste Kontrolle über Lebensmittel, insbesondere Ablieferung von Butter, vorzunehmen. In dieser schweren Zeit, ist es wohl eines jeden Pflicht, der Ablieferung*

von Lebensmittel, insbesondere von Butter, nachzukommen. Wir weisen darauf hin, daß vielfach Lebensmittel zu Wucherpreisen aus dem Kreise ausgeführt werden, und wir jeden uns gemeldeten Fall, dem Gericht zur Bestrafung überweisen und die Vorräte beschlagnahmen.

Sollten die A.- u. S.- u. B.-Räte ihrer Pflicht nicht nachkommen, so sehen wir uns veranlaßt, dieselben ihres Amtes zu entheben.

Rotenburg a.F., den 19. Februar 1919

Arbeiter- u. Soldaten-Rat Rotenburg a. Fulda

Fiedler, Vors. d. A.- u. S.- u. B.-Rates des Kreises Rotenburg

Diese Beispiele belegen, daß es mit einer von unten nach oben aufwachsenden Struktur nicht weit her war. Der Ton der Bekanntmachungen erinnert eher an Kasernenhof als an Volksdemokratie im ursprünglichen Sinn.

Die Finanzierung der Arbeit der ASR war ein ständiger Zankapfel. Manche Landratsämter und das Kasseler Regierungspräsidium zahlten nur schleppend oder erst nach langwieriger Klärung bei vorgesetzten Behörden. Erst eine Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1918 schaffte Klarheit, daß für die Kosten diejenigen Dienststellen aufzukommen hatten, denen die ASR „zugeteilt“ waren. Stadt und Landkreis Rotenburg haben die eingereichten Kosten wöchentlich beglichen, Klagen sind aus den Akten nicht bekannt. Über den Rotenburger ASR liegen Ausgaben-Meldungen des Landratsamtes an das Regierungspräsidium von September 1919 bis Februar 1920 vor<sup>19</sup>, in denen monatlich immer für drei Mitglieder derselbe Betrag von 5541,66 Mark an persönlichen und 673,13 Mark für sachliche Aufwendungen gemeldet wird. Ein Vergleich mit anderen Beispielen zeigt, daß Mitgliederzahl und monatliche Aufwendungen bzw. Vergütungen sehr unterschiedlich waren: Kreis Homberg für 6 Mitglieder 181,00 bzw. 125,50 Mk; Kreis Schlüchtern für 19 Mitglieder 10865,35 bzw. 747,93 Mk.

Ein Einzelbeleg des ASR Rotenburg vom 30. Januar 1919 gibt näheren Einblick in „Lohn u. Auslagen des Vorsitzenden“<sup>20</sup> sowie seine Tätigkeit:

Lohn vom 27.1. bis 2.2.19, 7 Tage à 20 Mk	140,- Mk
Führerzulage, 7 Tage à 2 Mk	14,- Mk
Chauffeur-Lohn 5 Tage à 15 Mk	75,- Mk
für Dienstfahrten, Einsammeln von Heeresgut	
Bekanntmachungen im Kreisblatt, lt. Rechnung	25,- Mk
200 Briefbogen, 150 Dienstkouverts	9,- Mk
Dienstfahrt nach Cassel zum Centralrat	
XI. u. XV. A. K. mit Übernachtung	
(lt. Beschl. des Centr. A. u. S. Rats Cassel)	25,- Mk
Recherchen für Aufklärung des Raubüberfalls in	
Heinebach (Dazugehörige Fahrten nach Spangenberg,	
Heinebach, Lispenhausen und Niederellenbach)	
2 Tage, à 5 Mann à 10 Mk	50,- Mk
(Verhaftung und Vorführung der beiden Schuldigen)	
Lohn für den Führer mit Polizeihund, da derselbe 8	
Stunden Lohnausfall hatte	11,- Mk
Recherchen in Mönchhosbach, 3 Mann à 5 Mk	15,- Mk
(Beschlagnahme von Lebensmitteln u. Heeresgut)	

<i>Lohn für Vertretung des Vorsitzenden durch Mitgl.</i>	
<i>Schneider, 3 Tage à 15 Mk</i>	<i>45,- Mk</i>
<i>(27., 28. und 29. lt. Centr. Rat Cassel)</i>	<i>+</i>
	<hr/> <i>Summa 409,- Mk</i>

Der ausgezahlte Wochenlohn von 154 Mk für den Vorsitzenden erscheint hoch angesichts eines Monatslohnes z. B. von 186 Mk für Georg Weppner, Maschinenführer des Rotenburger Elektrizitätswerkes, verheiratet und 4 Kinder<sup>21</sup>.

### **Erste Schritte zur Normalisierung**

„Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die ASR die Repräsentanten des Volkswillens“<sup>22</sup>. Dieser Leitsatz der Reichskonferenz der deutschen Einzelstaaten vom 25. November 1918 charakterisierte die ASR als Übergangslösung und nannte als Ziel eine Nationalversammlung. Nach heftigen Auseinandersetzungen verschiedener politischer Zielrichtungen wurde die Wahl zur ersten Nationalversammlung für den 19. Januar 1919 festgesetzt.

Ausschlaggebend wurde das Votum des Berliner Reichskongresses der ASR vom 16. bis 19. Dezember 1918. Dort wurden die Räte, d. h. nach geltender Auffassung die Repräsentanten des Volkes, über die zukünftige Staatsform befragt. Für eine Nationalversammlung votierte die SPD mit ihren ca. 60 Prozent der Delegierten. Die USPD, die statt eines „hilflosen Rede-parlaments“ ein „tatkräftiges Räteparlament“<sup>23</sup> errichten wollte, stellte ca. 20 Prozent. Der Kongreß sprach sich mit 400 gegen 50 Stimmen für die baldige Einberufung einer Nationalversammlung aus<sup>24</sup>. Damit war vorerst die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie gesichert. Die Entscheidung bewirkte aber auch eine zunehmende Radikalisierung der unterlegenen Linken. Straßenkämpfe nahmen wieder zu.

Die Wahlen am 19. Januar 1919, an denen erstmals in der deutschen Geschichte alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an nach dem gleichen und geheimen Verhältniswahlrecht teilnehmen konnten, brachten 236 Sitze für die Bürgerlichen, 163 für die SPD und 22 für die USPD; die KPD hatte sich nicht beteiligt. Nach den Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 wurden für den 2. März Kommunalwahlen ausgeschrieben.

In den Wahlkämpfen konnte man auch einigen Mitgliedern des Rotenburger ASR begegnen. Robert Fiedler unterschrieb für den „ASR Rotenburg“ und gleichzeitig für den „Sozialdemokratischen Verein für den Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg“ den gemeinsamen Aufruf zu einer Wahlversammlung<sup>25</sup>. Fiedler, Martin Bodenstein und Ernst Schneider kandidierten für das Stadtparlament bei der SPD<sup>26</sup>. Fritz Hülbig und August Oppermann zählten zu den Unterzeichnern eines Aufrufs zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei<sup>27</sup>. Joseph Küttel wurde vom Stadtparlament in den Wahlvorstand für die Kommunalwahlen berufen.

### **Das Ende der Soldatenräte**

Die sozialistischen Revolutionäre hatten schon früh versucht, den aus Landeskontingenten bestehenden Militärapparat mit Hilfe der Soldatenräte unter ihre Kontrolle zu bekommen und nach ihren Vorstellungen umzugestal-

ten. So konnte die Zeitung am 26. November 1918 melden: „Im Vollzugsrat des ASR wird derzeit der Plan für die Bildung einer sozialistischen Armee ausgearbeitet. Die Armee soll in Mannschaften und Führer zerfallen, wobei die Führer gewählt werden. Für den Dienst ist militärische Disziplin vorgeschrieben. Die alten Reichs- und Landeskokarden werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kokarde als Abzeichen der sozialistischen Republik. Achselstücke und Degen fallen fort. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Auch die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienst tragen. Dieses Abzeichen besteht aus einer roten Binde“<sup>28</sup>. Gleichzeitig hatte das Militär gewaltige Probleme im Rahmen der Demobilmachung zu lösen. Die Soldatenräte sollten helfen, den inneren Umgestaltungsdruck zu lindern und die Demobilisierungs-Organisation arbeitsfähig zu halten.

Nach Abschluß der Demobilisierung löste sich der Soldatenrat des Feldheeres am 27. Januar 1919 als erste Räte-Formation auf. Es verblieben noch die Soldatenräte der Dienststellen und der Marine. Viele ASR firmierten nach und nach nur noch als Arbeiterrat.

Der Rotenburger Soldaten-Anteil des ASR ist nach Lage der Akten und Zeitungsberichte nie in Erscheinung getreten. Seine Mitglieder, ausgenommen Joseph Küttel, werden bei Aktionen nicht genannt. Obwohl Anfang Dezember 1918 ein Dragonerregiment in Rotenburg Quartier bezog, gab es vermutlich kaum Regelungsbedarf für den ASR.

### **Das langsame Ende des Rotenburger ASR**

Die aktiven Mitglieder des ASR haben zur Jahreswende 1918/19, wie schon dargestellt, in der neu entstehenden Parteienlandschaft Fuß gefaßt und vermutlich den Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten auf die bevorstehenden Wahlkämpfe ausgerichtet. Im Zeitraum Januar bis März 1919 gab es kaum nennenswerte Aktivitäten des ASR.

Nach dem Herstellen der Arbeitsfähigkeit der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung, der Bildung des Magistrats sowie der Ausschüsse und Kommissionen wurden die originären bzw. gewohnten Arbeitsfelder des ASR von den dafür zuständigen gewählten Gremien beackert. Hinzu kam, daß die aktiven ASR-Mitglieder nun auch aktive Kommunalpolitiker geworden waren, also „mit anderem Hut“ gleiche Aufgaben wahrnahmen. Fiedler wurde Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, Vorsitzender der Wirtschaftskommission und im Juni Mitglied des Kreisausschusses; Hülbig führte jetzt seine Fraktion an; Oppermann war schon von jeher Leitender Beamter im Rathaus; Küttel mußte sich als freier Handwerksmeister auch um sein Geschäft kümmern.

Die Aufrufe und Bekanntmachungen des ASR in der Zeitung wurden im Frühjahr 1919 nicht weniger, aber die behandelten Themen wurden, ausgenommen Ernährungsfragen, weniger bedeutsam. So wurden im April Geschäftsinhaber, „welche noch Firmenschilder mit Titeln der alten Regierung aushängen haben“, ersucht, diese zu entfernen<sup>29</sup>. Im Mai wurden die Bürgermeister des Kreises gebeten, „zwecks Aufstellung einer Statistik die neu-gewählten Gemeindevertretungen, und zwar getrennt nach den einzelnen Parteien, umgehend mitteilen zu wollen“<sup>30</sup>. Diese Information mußte bei guter

Zusammenarbeit auch auf dem Landratsamt erhältlich sein. In der gleichen Ausgabe offeriert der ASR „eine Anzahl getragener Anzüge, Jaketts und Hosen, welche an Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer zu billigen Preisen abgegeben werden können“.

In diesem Zeitraum fällt auch auf, daß Bürgermeister und ASR keine gemeinsamen Bekanntmachungen mehr herausgaben. Der letzte gemeinsam unterzeichnete Aufruf stammt vom 18. März 1919. Danach konnte es passieren, daß Magistrat und ASR Verlautbarungen zur selben Sache nebeneinander plazierte veröffentlichten.

Am 4. Juli 1919 behandelte die Stadtverordnetenversammlung als Tagesordnungspunkt 9 den „Antrag des Bürgervereins auf Aufhebung des Arbeiterrates“. Als Beschluß ist festgehalten: „Der anwesende Stadtverordnete Fiedler, Vorsitzender des Arbeiterrates, erklärte, daß der Arbeiterrat vom 15.7.1919 ab seine Tätigkeit ehrenamtlich ausführen werde“<sup>31</sup>. Dieser Beschluß war dann auch Inhalt der folgenden letzten Bekanntmachung des Arbeiterrates in der Zeitung<sup>32</sup>:

*In der am 13. Juli stattgefundenen Kreiskonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Rotenburg wurde auf mehrfachen Antrag eine Neuwahl des Arbeiter-Rates vorgenommen. Die Wahl ergab die einstimmige Wahl des Unterzeichneten, welcher den Posten des Arbeiter-Rates für Stadt und Kreis Rotenburg neben seiner Stellung in der Wirtschaftskommission von heute ab ehrenamtlich versieht. Alle Zuschriften sind ab heute an mich zu richten.*

*Joseph Küttel, Vorsitzender*

Wir können heute nicht mehr nachvollziehen, warum die Sache „auf mehrfachen Antrag“ behandelt wurde. Auch für die Wahl eines anderen Vorsitzenden, dazu künftig nur ehrenamtlich und offensichtlich nur noch als Ein-Mann-Unternehmung, geben die Akten keine Gründe her. Erhalten geblieben ist jedoch ein Brief Fiedlers an v. Kupsz vom 17. Juli 1919, geschrieben aus Berlin. Nach mehreren einleitenden Bemerkungen schrieb er:

*Gleichzeitig teile ich Ihnen mit, daß ich mein Mandat als Stadtverordneter niederlege, ebenfalls meine sämtlichen Ämter in den Commissionen. Gleichzeitig lege ich mein Amt als Vorsitzender des Arbeiterrates und der Wirtschaftskommission nieder. Ich habe diesbezügliches dem Herrn Landrat sowie dem soziald. Verein mitgeteilt. Ich kann es mit meinem Ehrgefühl nicht vereinbaren, wenn seitens der Arbeiterschaft mir Mißtrauen entgegen gebracht wird, weiter deren Führer zu bleiben. Ich habe mich für die Arbeiterschaft aufgeopfert und das ist der Dank. Ich behalte mir vor, gegen einzelne Mitglieder des Arbeiterrates sowie der Wirtschaftskommission entsprechend vorzugehen. Ich bin durch die Aufregung wieder kränker geworden.*

*In vorzüglicher Hochachtung zeichne ich ergebenst*

*Robert Fiedler*

### **Revolution in Rotenburg (Zusammenfassung)**

Am 9. November 1918 erschien „Der Hessische Volksfreund, Organ für die Interessen des werktätigen Volkes“ in Darmstadt mit der dicken Balkenüberschrift „Hessen sozialistische Republik“. Viele, die dem schleichenden Unter-

gang des Kaiserreichs mit Unbehagen zugesehen hatten oder gar in diesen Jahren für eine gerechtere Ordnung gekämpft hatten, wähten sich in der Stunde des modellhaften Neubeginns.

Es ist dem Bürgermeister v. Kupsz auch aus heutiger Sicht hoch anzurechnen, daß er mit Augenmaß und Weitsicht seine Stadt durch die Wirren der ausgehenden Kaiserzeit und jungen Republik geführt hat. Dem Vorsitzenden Fiedler sollte unser Dank und unsere Bewunderung gelten, daß er seine ganze Kraft gegeben hat, beim Neuaufbau der Republik neue Wege gehen zu können und dabei keine extremen Lösungen zuzulassen.

Die Revolution von 1918 hat in den Großstädten und Industriezentren wie auch im Staatswesen stattgefunden, aber in die Herzen der Landbevölkerung wie die Rotenburgs hat sie sich erst mit der Zeit geschlichen. Bei manchen ist sie 1933 noch nicht angekommen gewesen.

#### Anmerkungen:

- 1 Rotenburger Kreisblatt, Anzeiger für die amtlichen Bekanntmachungen im Kreise Rotenburg. Druck und Verlag der Buchdruckerei von F. Bertelsmann, Rotenburg a. d. Fulda, seit 1856.
- 2 Leitsatz Nr. 3 der Berliner Reichskonferenz der Vertreter der deutschen Einzelstaaten vom 25. November 1918, veröffentlicht im Rotenburger Kreisblatt vom 28. November 1918.
- 3 Plakat „Kundgebung des neuen Reichskanzlers Ebert“ vom 9. November 1918, abgebildet in: Friedrich Arnold (Hrsg.): Anschläge. Politische Plakate in Deutschland 1900–1970, Ebenhausen bei München, 2. Auflage Frühjahr 1973, Nr. 15.
- 4 Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Band 49) Darmstadt und Marburg 1983, S. 199.
- 5–9 StAM Bestand 330 Rotenburg Nr. 5302.
- 10 Wie Anmerkung 5, S. 171 f.
- 11 Rotenburger Kreisblatt vom 21. November 1918.
- 12 StAM Bestand 330 Rotenburg Nr. 5196.
- 13 Meine zusätzliche Anfrage bei dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ergab, daß „originäre Organisationsakten der SPD aus der Zeit vor 1933 als vernichtet gelten infolge von Kriegseinwirkung und der Nazizeit.“ (Antwort vom 6. Juli 1994).
- 14 Wie Anmerkung 5.
- 15 Amtliche Bekanntmachungen des Landratsamts Rotenburg. Druck und Verlag der Buchdruckerei Ad. Hofmeister, Rotenburg (Fulda); durchgesehen die Bände 1918 und 1919.
- 16 Rotenburger Kreisblatt vom 26. November 1918.
- 17 Ebd. vom 21. Dezember 1918.
- 18 Reichs-Gesetzblatt Jahrgang 1919 Nr. 9 Seite 37 f. „Verordnung über das Finanzgebahren der Arbeiter- und Soldatenräte“.
- 19 StAM Bestand 165 Nr. 1225.
- 20–21 StAM Bestand 330 Rotenburg Nr. 5302.
- 22 Rotenburger Kreisblatt vom 28. November 1918.
- 23 Plakat „USP“, abgebildet in: wie Anmerkung 3, Nr. 36.
- 24 Eine ausführliche Darstellung bieten: Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, Berlin 1993.
- 25 Rotenburger Kreisblatt vom 31. Dezember 1918.
- 26 Ebd. vom 25. Februar 1919, Bekanntmachung der Wahlvorschläge.
- 27 Ebd. vom 24. Dezember 1918.
- 28 Ebd. vom 26. November 1918.
- 29 Ebd. vom 17. April 1919.
- 30 Ebd. vom 17. Mai 1919.
- 31 StAM Bestand 330 Rotenburg Nr. 5146.
- 32 Rotenburger Kreisblatt vom 15. Juli 1919.
- 33 StAM Bestand 330 Rotenburg Nr. 5302.